

Wie wird die Schweiz zum «Land der Bildung»?

Der Bundesrat hat seine Visionen für die Hochschullandschaft Schweiz vorgestellt. Mit dem HFKG schlägt er eine gemeinsame Steuerung durch Bund und Kantone vor, wie es die 2006 neu in die Bundesverfassung aufgenommenen Bildungsartikel vorsehen.

Schlüsselorgane sind eine Konferenz mit 27 Mitgliedern aus Bundesrat und Kantonen und eine Konferenz der Rektoren aller Hochschulen. Erstere ist zuständig für die politische Steuerung, letztere für die Wahrung der Autonomie und die Vorbereitung einer nationalen Planung, inklusive Prioritätensetzung und Aufgabenteilung.

Von einer «Vision» zu sprechen, scheint jedoch hoch gegriffen, da das HFKG vor allem ein Koordinationsgesetz ist. Kernstück ist die Steuerung durch die Politik. Im Gegenzug gewährt es den Hochschulen Autonomie. Das Gesetz weckt viele Erwartungen und wird wahrscheinlich auch ebenso viele Frustrationen verursachen.

Bezüglich Finanzen gilt das Prinzip «wer zahlt, befiehlt». Wie aber können die Beiträge von 26 Kantonen und den beiden zuständigen Departementen aufeinander abgestimmt werden? Und vergessen wir nicht ETH-Bereich und Nationalfonds, deren Finanzierung – anders als diejenige der kantonalen Hochschulen – nicht garantiert ist. Ihre Zukunft steht auf wackeligen Beinen.

Ob das HFKG nun die beste oder die am wenigsten schlechte Lösung sei – es vermag die Zukunft der Hochschullandschaft Schweiz nur zu gestalten, wenn alle Betroffenen ihre jeweilige Verantwortung wahrnehmen – politisch, finanziell und akademisch.

*Felix Gutzwiller, Ständerat
Präsident des Politikerteams FUTURE*

Hochschulen

Hin zu einer nationalen Steuerung

Der Bundesrat hat dem Parlament die Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) vorgelegt. Das Gesetz ermöglicht Bund und Kantonen die gemeinsame Steuerung des Hochschulbereichs, insbesondere durch die Schaffung einer Schweizerischen Hochschulkonferenz.

Nach jahrelanger Vorbereitung hat der Bundesrat dem Parlament die Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) unterbreitet. Das HFKG ermöglicht Bund und Kantonen die gemeinsame Steuerung der universitären Hochschulen, der Fachhochschulen und der pädagogischen Hochschulen. Es setzt damit die neuen Bildungsartikel der Bundesverfassung um, die Volk und Stände 2006 angenommen hatten.

«Das HFKG ist eine gute Umsetzung eines Verfassungsauftrages. Einige wichtige Bedingungen, welche die Kantone an dieses Gesetz knüpfen, sind mit der jetzigen Vorlage erfüllt. Ich nenne die Vereinfachung bei der Steuerung, die bessere Verlässlichkeit bei der Grundfinanzierung oder die Respektierung der Autonomie von Hochschulen und Trägern.»

Isabelle Chassot, Präsidentin der schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

Ein neues Steuerungsorgan

Für die gemeinsame Leitung des Hochschulbereichs durch Bund und Kantone sieht das HFKG die Schaffung eines neuen Organs, der Schweizerischen

Hochschulkonferenz, vor. Einsitz nehmen werden darin je ein Regierungsvertreter aller Kantone und der vom Gesamtbundesrat bezeichnete zuständige Bundesrat. Dieser hat als einziges Mitglied ein Vetorecht bei allen Entscheidungen.

«Das HFKG muss den Fachhochschulen echte Autonomie gewähren in einem vereinfachten nationalen Umfeld, wo die Aufgaben zwischen Bund und Kantonen klar verteilt sind. Für die praxisorientierten FH braucht es eine adäquate Finanzierung, insbesondere für die anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung. Dies ist nun nicht der Fall.»

Marc-André Berclaz, Präsident der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz KFH

Die Hauptaufgabe der Konferenz ist die gesamtschweizerische hochschulpolitische Planung sowie Festlegung des Finanzrahmens.

«Die Verteilung der Verantwortlichkeiten im HFKG erweitert die seit 2001 bewährte Aufgabendelegation und die komplementären Zuständigkeiten zwischen den gemeinsamen Organen der Trägerschaft (Schweizerische Universitätskonferenz) und den Universitäten (CRUS) auf den gesamten Hochschulraum Schweiz. Mit seinen Regelungen zur Qualitätssicherung verwirklicht das HFKG ein fortschrittliches und gesamteuropäisch exemplarisches Konzept.»

Antonio Loprieno, Präsident der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS)

Finanzmechanismen des HFKG treten erst 2017 vollständig in Kraft

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
BFI-Botschaft 2008–2011										
Übergangsjahr*										
BFI-Botschaft 2013–2016										
BFI-Botschaft 2017–2020										

Gemäss Universitätsförderungsgesetz und Fachhochschulgesetz
Gemäss HFKG

* Durch das Übergangsjahr 2012 können die BFI-Botschaften den Legislaturperioden angepasst werden.

Zudem ist sie für die Aufgabenteilung in den kostenintensiven Bereichen in Forschung und Lehre zuständig.

Die Autonomie wahren

Das HFKG will die hochschulpolitische Steuerung vereinheitlichen, ohne die Autonomie der Institutionen einzuschränken. Deshalb soll die nationale Strategie auf den einzelnen Strategien der Hochschulen aufbauen. Diese müssen die Gelegenheit nutzen, ihre Profile zu schärfen. Das HFKG sieht ausserdem die Schaffung einer Rektorenkonferenz aller schweizerischen Hochschulen vor. Dieses Gremium soll für die Sicherung der Autonomie zuständig sein.

Kostentransparenz

Für mehr Transparenz bei der Mittelzu- teilung des Bundes an die kantonalen Universitäten und Fachhochschulen sieht das HFKG die Einführung von Referenzkosten pro Studierenden vor. Diese basieren auf den Kostenrechnungen der Hochschulen. Der Bund wird 20 Prozent an die Kosten der Universitäten und 30 Prozent an die Kosten der Fachhochschulen beitragen. Die ETHs müssen die

Durchschnittskosten pro Studierenden zuhanden der Schweizerischen Hochschulkonferenz ausweisen.

Das Ziel des HFKG ist die Harmonisierung der verschiedenen Studiengänge. Zudem soll die Qualität der Lehre noch verbessert werden. Für die Qualitätssicherung wird ein Organ geschaffen, dem alle Institutionen der Schweizer Hochschullandschaft unterstehen werden.

Nächste Schritte

Der Ständerat wird das HFKG nach den Sommerferien 2009 als Erstrat behandeln. Die parlamentarische Beratung könnte sich bis Ende 2010 hinziehen. Anfang 2012 soll die Schweizerische Hochschulkonferenz ihre Arbeit aufnehmen. Nach dem Inkrafttreten sieht das HFKG eine Übergangsfrist von fünf Jahren vor.

SMS

KTI fördert Innovation mit zusätzlichen 21,5 Millionen Franken

Im März 2009 hat die Förderagentur für Innovation (KTI) im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets des Bundes drei Massnahmen zur Innovationsförderung lanciert. Erstens sollen die Förderkriterien flexibler gehandhabt werden. Zweitens sollen KMU durch Informationsveranstaltungen für Projekte zu Themen wie Clean Technologies und intelligente Materialien gewonnen werden. Drittens wird ein Innovationsscheck lanciert, mit dem KMU bei Hochschulen Forschungsleistungen beziehen können. Insgesamt stehen für die Massnahmen 21,5 Millionen Franken zur Verfügung.

Gian-Luca Bona wird neuer Direktor der Empa

Der Schweizer Physiker Gian-Luca Bona wird per 1. September 2009 Direktor der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa). Er wird Nachfolger des per Ende März zurückgetretenen Louis Schlapbach.

Kosten der Schweizer Hochschulen im Jahr 2007

Im Jahr 2007 beliefen sich die Kosten der universitären Hochschulen auf 6 Milliarden Franken. Den Schwerpunkt bildete mit 51 Prozent der Gesamtkosten die Forschung und Entwicklung. Die Fachhochschulen verzeichneten 2007 Kosten von 2,11 Milliarden Franken. Der Löwenanteil von 68 Prozent entstand durch die Erfüllung des primären Leistungsauftrags der Lehre Grundausbildung. Die gesamten Kennzahlen sind in den vom Bundesamt für Statistik (BFS) publizierten Broschüren «Kosten der universitären Hochschulen 2007» und «Finanzen der Fachhochschulen 2007» ersichtlich.

www.bfs.admin.ch → Themen → Bildung, Wissenschaft → Publikationen

Abkommen Schweiz-USA zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit

Der Staatssekretär für Bildung und Forschung, Mauro Dell’Ambrogio,

und der Direktor der National Science Foundation, Arden Bement, haben am 1. April 2009 in Washington D.C. (USA) ein Abkommen zur wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den USA unterzeichnet. Dieses sieht unter anderem koordinierte Forschungsprojekte vor. Zudem soll die Ein- und Ausreise von Personen aus dem Bildungs- und Forschungsbereich erleichtert werden.

Präimplantationsdiagnostik: Gesetzesentwurf überdenken

Die Akademien der Wissenschaften Schweiz begrüssen die Aufhebung des Verbots der Präimplantationsdiagnostik, wie sie die im Februar 2009 vorgestellte Revision des Fortpflanzungsmedizingesetzes vorsieht. Der Gesetzesentwurf an sich entspreche aber nicht den internationalen medizinischen Standards, berücksichtige die gesellschaftlichen Entwicklungen zu wenig und stehe im Widerspruch zu anderen gesetzlichen Regelungen. Die Akademien fordern deshalb eine Überarbeitung des Gesetzesentwurfs.

Der Bundesrat genehmigt das Overheadreglement des Nationalfonds

Seit diesem Jahr finanziert der Schweizerische Nationalfonds (SNF) mittels Overheadbeiträgen einen Teil der indirekten Forschungskosten, die von ihm bewilligte Projekte bei den Forschungsinstitutionen verursachen. Im März 2009 hat der Bundesrat das Overheadreglement des SNF genehmigt.

www.snf.ch → **Aktuel** → **Dossiers**

Die Universität Zürich strebt mehr Drittmittel an

Die Universität Zürich wird in den nächsten Jahren ihr Fundraising verstärken. Sie will damit zusätzliche Gelder für Leh-

re und Forschung erhalten, um national und international wettbewerbsfähig zu bleiben. Künftig werden daher Partnerschaften mit Unternehmen, Stiftungen, Organisationen und Privatpersonen verstärkt angestrebt.

Prioritäten des Bologna-Prozesses für die nächsten zehn Jahre

Die Bildungsministerinnen und -minister von 46 Ländern haben sich vom 27. bis 29. April 2009 zur fünften Bologna-Nachfolgekonferenz in Leuven und Louvain-la-Neuve getroffen. Sie haben die Ziele für die nächsten zehn Jahre definiert: Vereinfachung der Mobilität der Studierenden, Erhöhung der Chancengleichheit und Implementierung der nationalen Qualifikationsrahmen. Die Schweizer Delegation wurde von Bundesrat Pascal Couchepin geleitet.

Sechs neue Kooperations- und Innovationsprojekte

Im Mai 2009 hat die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK) sechs neue Kooperations- und Innovationsprojekte (KIP) zur Verbesserung der Qualität und Effizienz des Hochschulsystems genehmigt. Die neuen Projekte sollen zur Portfoliobereinigung an den Hochschulen beitragen und werden mit insgesamt 32 Millionen Franken gefördert. Sie vervollständigen die Liste der von der SUK bereits im Jahr 2007 gutgeheissenen 26 Kooperations- und Innovationsprojekte.

Guter Start der Schweiz ins 7. Forschungsrahmenprogramm

Die Schweiz erhielt in den ersten zwei Jahren im 7. Forschungsrahmenprogramm (FP7) 3,8 Prozent vom Total der bislang vergebenen Fördermittel. Dies ist eine deutliche Steigerung gegenüber FP6 (3,1 Prozent) und lässt auf einen langfristig positiven Mittelrückfluss schliessen. Auch die Erfolgsquote der eingereichten Projekte ist erfreulich: 25,4 Prozent der eingereichten Schweizer Projekte wurden finanziert. Damit liegt die Schweiz auf dem 4. Platz der an FP7 beteiligten Länder.

www.sbf.admin.ch → **Dokumentation** → **News SBF**

Kick-off des Offshore Campus der ETH Lausanne in Ras al-Khaimah

Die ETH Lausanne (EPFL) hat am 14. Mai 2009 in Ras al-Khaimah (RAK) die Details zu ihrem geplanten Offshore Campus in diesem Arabischen Emirat präsentiert. Die Finanzierung des Projekts wird die Investitionsbehörde von RAK übernehmen. Zulassungsbedingungen, Prüfungen und andere akademische Standards sowie die akademischen Titel werden die der EPFL sein. Die Rekrutierung von Professoren folgt dem normalen Prozedere via ETH-Rat. Die EPFL ist die erste Schweizer Hochschule mit einem eigenständigen Ableger im Ausland.

Medizinische Forschung aufwerten

Die Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) hat ein Positionspapier zum Thema «Medizin als Wissenschaft» veröffentlicht. Die SAMW zeigt sich darin besorgt über die ambivalente Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber der medizinischen Forschung. Bei der Ärzteschaft bestehe nur ein geringes Interesse, eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen. Die SAMW empfiehlt daher, die wissenschaftlichen Grundlagen in der Aus- und Weiterbildung zu verstärken, den akademischen Nachwuchs vermehrt zu fördern und die Strukturen der klinischen Forschung zu verbessern.

Impressum

Netzwerk FUTURE
Bim Zytglogge 1
3011 Bern
Tel. 031 351 88 46
Fax 031 351 88 47
www.netzwerk-future.ch

© Netzwerk FUTURE 2009

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

News auf netzwerk-future.ch

Auf der Website des Netzwerks FUTURE www.netzwerk-future.ch finden Sie täglich aktualisierte News zum Thema Forschung, Bildung und Innovation.